



Bund der Richter und Staatsanwälte
in Nordrhein-Westfalen e.V.

Hamm, 23. November 2016

Presseerklärung

Populismus und Polizeistaat

Der amtierende Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft äußert sich in regelmäßigen Abständen zu Einzelfällen, die nach seinem Weltbild als Beleg für eine von ihm als „lasch“ empfundene Justiz taugen sollen. Dass „die Justiz“ jedes Jahr zigtausend Strafverfahren entscheidet, von denen allenfalls einige wenige Gegenstand einer öffentlichen Diskussion werden, ignoriert er.

Dabei sind in einem Rechtsstaat Rechtsfragen allein nach Recht und Gesetz zu entscheiden und eben nicht aufgrund des Verurteilungswunsches eines Polizeigewerkschaftlers.

„Was Herr Wendt immer so von sich gibt, läuft darauf hinaus, dass er die Verdachts- und Polizeistrafe wieder einführen und die Unschuldsvermutung zugunsten einer Sofortverurteilung abschaffen will.

Wer wider besseres Wissen so redet, steht auf dem Boden des Polizeistaates, nicht auf dem des Rechtsstaates.“ meint der Geschäftsführer des DRB-NRW, Thomas Hubert, hierzu.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Thomas Hubert: 0176-70235620

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3920 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.